

Beschlussempfehlung und Bericht

des Ausschusses für Wirtschaft und Energie (9. Ausschuss)

- a) **zu dem Antrag der Abgeordneten Stephan Protschka, Peter Felser, Franziska Gminder, weiterer Abgeordneter und der Fraktion der AfD – Drucksache 19/16489 –**

Schutz der heimischen Landwirtschaft vor den Auswirkungen des geplanten Freihandelsabkommens zwischen der Europäischen Union und den Mercosur-Staaten

- b) **zu dem Antrag der Abgeordneten Klaus Ernst, Heike Hänsel, Fabio De Masi, weiterer Abgeordneter und der Fraktion DIE LINKE. – Drucksache 19/16186 –**

Freihandelsabkommen EU-Mercosur stoppen

A. Problem

Zu Buchstabe a

Aufforderung an die Bundesregierung, das Freihandelsabkommen zwischen der Europäischen Union und den Mercosur-Staaten nicht zu ratifizieren, solange es Zollkontingente beziehungsweise Freihandelsquoten für Zucker, Ethanol, Rindfleisch und Geflügelfleisch beinhaltet.

Zu Buchstabe b

Aufforderung an die Bundesregierung, in der EU darauf hinzuwirken, dass der Abschluss eines Freihandelsabkommens mit dem Mercosur nicht weiterverfolgt wird.

B. Lösung

Zu Buchstabe a

Ablehnung des Antrags auf Drucksache 19/16489 mit den Stimmen der Fraktionen CDU/CSU, SPD, FDP, DIE LINKE. und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der Fraktion der AfD.

Zu Buchstabe b

Ablehnung des Antrags auf Drucksache 19/16186 mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU, SPD, AfD und FDP gegen die Stimmen der Fraktion DIE LINKE. bei Stimmenthaltung der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN.

C. Alternativen

Zu den Buchstaben a und b

Annahme der Anträge.

D. Kosten

Zu den Buchstaben a und b

Wurden nicht erörtert.

Beschlussempfehlung

Der Bundestag wolle beschließen,

- a) den Antrag auf Drucksache 19/16489 abzulehnen;
- b) den Antrag auf Drucksache 19/16186 abzulehnen.

Berlin, den 11. März 2020

Der Ausschuss für Wirtschaft und Energie

Klaus Ernst
Vorsitzender

Markus Töns
Berichtersteller

Bericht des Abgeordneten Markus Töns

I. Überweisung

Zu Buchstabe a

Der Antrag auf **Drucksache 19/16489** wurde in der 141. Sitzung des Deutschen Bundestages am 17. Januar 2020 an den Ausschuss für Wirtschaft und Energie zur Federführung sowie an den Ausschuss für Ernährung und Landwirtschaft, den Ausschuss für Umwelt, Naturschutz und nukleare Sicherheit, den Ausschuss für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung und den Ausschuss für die Angelegenheiten der Europäischen Union zur Mitberatung überwiesen.

Zu Buchstabe b

Der Antrag auf **Drucksache 19/16186** wurde in der 141. Sitzung des Deutschen Bundestages am 17. Januar 2020 an den Ausschuss für Wirtschaft und Energie zur Federführung sowie an den Auswärtigen Ausschuss, den Ausschuss für Ernährung und Landwirtschaft, den Ausschuss für Umwelt, Naturschutz und nukleare Sicherheit, den Ausschuss für Menschenrechte und humanitäre Hilfe, den Ausschuss für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung und den Ausschuss für die Angelegenheiten der Europäischen Union zur Mitberatung überwiesen.

II. Wesentlicher Inhalt der Vorlagen

Zu Buchstabe a

Aus Sicht der den Antrag stellenden Fraktion der AfD bedroht das Abkommen die europäische und insbesondere die deutsche Landwirtschaft aufgrund eines gesteigerten Angebots und eines damit einhergehenden Preiswettbewerbs. Aus diesem Grund wird die Bundesregierung aufgefordert, das Freihandelsabkommen zwischen der Europäischen Union und den Mercosur-Staaten nicht zu ratifizieren, solange es Zollkontingente beziehungsweise Freihandelsquoten für Zucker, Ethanol, Rindfleisch und Geflügelfleisch beinhaltet.

Zu Buchstabe b

Aus Sicht der den Antrag stellenden Fraktion DIE LINKE. werfe die Nachhaltigkeits-Folgenabschätzung der London School of Economics einige kritische Schlaglichter auf die Folgen eines solchen Abkommens. Die Landwirte in den EU-Mitgliedstaaten protestierten gegen das Freihandelsabkommen, weil sie fürchteten, durch die vermehrten Agrarimporte aus Südamerika einem noch stärkeren Preisdruck ausgesetzt zu werden. Hinzu trete, dass Standards im Verbraucherschutz verstärkt unterlaufen werden könnten. Aus diesen und weiteren Gründen wird die Bundesregierung aufgefordert, in der EU darauf hinzuwirken, dass der Abschluss eines Freihandelsabkommens mit dem Mercosur nicht weiterverfolgt wird.

III. Stellungnahmen der mitberatenden Ausschüsse

Zu Buchstabe a

Der **Ausschuss für Ernährung und Landwirtschaft** hat den Antrag auf Drucksache 19/16489 in seiner 49. Sitzung am 11. März 2020 beraten und empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen CDU/CSU, SPD, FDP, DIE LINKE. und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der Fraktion der AfD dessen Ablehnung.

Der **Ausschuss für Umwelt, Naturschutz und nukleare Sicherheit** hat den Antrag auf Drucksache 19/16489 in seiner 65. Sitzung am 11. März 2020 beraten und empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen CDU/CSU, SPD, FDP, DIE LINKE. und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der Fraktion der AfD dessen Ablehnung.

Der **Ausschuss für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung** hat den Antrag auf Drucksache 19/16489 in seiner 49. Sitzung am 11. März 2020 beraten und empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen CDU/CSU, SPD, FDP, DIE LINKE. und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der Fraktion der AfD dessen Ablehnung.

Der **Ausschuss für die Angelegenheiten der Europäischen Union** hat den Antrag auf Drucksache 19/16489 in seiner 58. Sitzung am 11. März 2020 beraten und empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen CDU/CSU, SPD, FDP, DIE LINKE. und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der Fraktion der AfD dessen Ablehnung.

Zu Buchstabe b

Der **Auswärtige Ausschuss** hat den Antrag auf Drucksache 19/16186 in seiner 52. Sitzung am 11. März 2020 beraten und empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen CDU/CSU, SPD, AfD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der Fraktion DIE LINKE. dessen Ablehnung.

Der **Ausschuss für Ernährung und Landwirtschaft** hat den Antrag auf Drucksache 19/16186 in seiner 49. Sitzung am 11. März 2020 beraten und empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU, SPD, AfD und FDP gegen die Stimmen der Fraktion DIE LINKE. bei Stimmenthaltung der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN dessen Ablehnung.

Der **Ausschuss für Umwelt, Naturschutz und nukleare Sicherheit** hat den Antrag auf Drucksache 19/16186 in seiner 65. Sitzung am 11. März 2020 beraten und empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU, SPD und FDP gegen die Stimmen der Fraktion DIE LINKE. bei Stimmenthaltung der Fraktionen AfD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN dessen Ablehnung.

Der **Ausschuss für Menschenrechte und humanitäre Hilfe** hat den Antrag auf Drucksache 19/16186 in seiner 50. Sitzung am 11. März 2020 beraten und empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU, SPD, AfD und FDP gegen die Stimmen der Fraktion DIE LINKE. bei Stimmenthaltung der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN dessen Ablehnung.

Der **Ausschuss für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung** hat den Antrag auf Drucksache 19/16186 in seiner 49. Sitzung am 11. März 2020 beraten und empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU, SPD, AfD und FDP gegen die Stimmen der Fraktion DIE LINKE. bei Stimmenthaltung der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN dessen Ablehnung.

Der **Ausschuss für die Angelegenheiten der Europäischen Union** hat den Antrag auf Drucksache 19/16186 in seiner 58. Sitzung am 11. März 2020 beraten und empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU, SPD, AfD und FDP gegen die Stimmen der Fraktion DIE LINKE. bei Stimmenthaltung der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN dessen Ablehnung.

IV. Beratungsverlauf und Beratungsergebnisse im federführenden Ausschuss

Zu den Buchstaben a und b

Der Ausschuss für Wirtschaft und Energie hat die Anträge auf den Drucksachen 19/16489 und 19/16186 in seiner 64. Sitzung am 11. März 2020 abschließend beraten.

Die **Fraktion der AfD** sah die EU und Deutschland in einem Dilemma. Auf der einen Seite profitiere die EU von ihren Nahrungsmittelexporten, auf der anderen Seite müsse die Ernährung in Europa selbst gesichert werden. Die Demonstrationen der Landwirte der letzten Wochen zeigten die Fragilität der Situation auf. Die Standards in Deutschland würden immer mehr angehoben, gleichzeitig werde der Markt für günstige Agrarprodukte aus Südamerika geöffnet. Die Fraktion befürwortete den Freihandel im Allgemeinen und auch das Abkommen mit Südamerika im Besonderen. Die Interessen der heimischen Landwirtschaft müssten allerdings gewahrt werden.

Die **Fraktion DIE LINKE.** bezeichnete die Unterzeichnung des Mercosur-Abkommens in der vorliegenden Form als unverantwortlich. Es bestehe noch die Gelegenheit, den Prozess zu stoppen. Die Klimaprobleme und die Amazonaspolitik der gegenwärtigen brasilianischen Regierung existierten nicht im luftleeren Raum. Die legale und illegale Brandrodung stehe in direktem Zusammenhang mit dem Klimawandel. Das Mercosur-Abkommen schaffe den Anreiz, neue landwirtschaftliche Flächen in Brasilien zu erschließen. Deshalb müsse das Abkommen klare Klima- und Umweltschutzstandards beinhalten. Der Klimaschutz sei zwar verankert, aber nicht sanktionsbewehrt. Das Abkommen halte kein Gleichgewicht zwischen Umwelt- und Wirtschaftsinteressen.

Die **Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN** erinnerte an die Bilder des brennenden Amazonas-Regenwaldes vom vergangenen Jahr. Es habe eine große Betroffenheit geherrscht, Absichtserklärungen seien abgegeben worden. Dabei besitze die EU ein effektives Instrument zur Durchsetzung von Forderungen: Den Abschluss oder den

Nicht-Abschluss des Mercosur-Freihandelsabkommens. Die Waldbrände würden in diesem Jahr sicher erneut ausbrechen. Die Situation der Indigenen bleibe dramatisch. Menschen, die sich für den Schutz des Waldes aussprächen, seien Morddrohungen ausgesetzt. Die Bundesregierung tue nichts. Die Fraktion kritisierte diese Haltung als unverantwortlich und fordere, dass sich die Bundesregierung dafür einsetze, die Nachhaltigkeitskapitel im Vertrag bei Verstößen sanktionierbar zu gestalten.

Die **Fraktion der CDU/CSU** schickte voraus, dieses wichtige geostrategische Handelsabkommen sei inzwischen seit zwanzig Jahren verhandelt worden. Das Abkommen zu stoppen, sei nicht der richtige Weg. Die in der EU geltenden Standards würden selbstverständlich eingehalten. Das Abkommen werde auch Chancen für die hiesige Landwirtschaft bieten. Schon heute profitierten deutsche Milchbauern enorm von den EU-Freihandelsabkommen. Sollte es ungeachtet dessen zu Problemen kommen, beispielsweise zu Preisverwerfungen, sehe der Vertrag entsprechende Schutzklauseln vor. Darüber hinaus sehe das Abkommen eine Aufforstung von zwölf Millionen Hektar Wald vor und enthalte zur Nachhaltigkeit auch einen Streitbeilegungsmechanismus. Es gebe kein einziges Abkommen, in dem die Sanktionierbarkeit als der bessere Weg als der angesehen werde, im Wege von Verhandlungen zu einem besseren Ergebnis zu kommen.

Die **Fraktion der SPD** stellte fest, das Mercosur-Abkommen sei kein reines Freihandels-, sondern ein Assoziationsabkommen. Die Verhandlungen dauerten nun schon zwanzig Jahre. Für Europa habe das Abkommen gerade auch aus Nachhaltigkeitsaspekten, mit seinen Forderungen nach Einhaltung der ILO-Kernarbeitsnormen und der Menschenrechte eine enorme Bedeutung. Zwar müsse dort nachgebessert werden, das Abkommen sei so nicht ratifizierbar, aber es sei nicht richtig, die Verhandlungen abzubrechen. Was die Forderung nach Sanktionen betreffe, so gebe es bisher keinen Mechanismus im Bereich der Nachhaltigkeit, der wirklich greifbar sei. Verhandlungen dürften nicht von der Beliebtheit der verhandelnden Personen abhängig gemacht werden. Europa dürfe Anderen nicht mit einem moralisch erhobenen Zeigefinger begegnen. Verbesserungen seien nur im Dialog und auf Augenhöhe zu erreichen.

Die **Fraktion der FDP** legte dar, seit zwanzig Jahren werde verhandelt, die aktuelle politische Besetzung der Regierungen der Verhandlungspartner dürfe dabei keine Rolle spielen. Es sei ein Irrtum zu glauben, dass Vorgängerregierungen auch anderer politischer Couleur genehmere Verhandlungspartner sein könnten. Selbstverständlich müsse ständig das Bemühen bestehen, in Verhandlungen die Ergebnisse zu verbessern. Allerdings müssten die Verhandlungen auch einmal zu einem Ergebnis führen. Ein Abbruch mache die europäische Politik nicht glaubwürdiger. Die Fraktion warnte davor, die außenpolitische Glaubwürdigkeit, welche nicht auf militärischer Stärke beruhe, dadurch sicherzustellen, dass man Handelsverträge mit Themen belaste, die eigentlich durch andere Mittel durchgesetzt werden müssten.

Zu Buchstabe a

Der **Ausschuss für Wirtschaft und Energie** beschloss mit den Stimmen der Fraktionen CDU/CSU, SPD, FDP, DIE LINKE. und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der Fraktion der AfD, dem Deutschen Bundestag die Ablehnung des Antrags auf Drucksache 19/16489 zu empfehlen.

Zu Buchstabe b

Der **Ausschuss für Wirtschaft und Energie** beschloss mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU, SPD, AfD und FDP gegen die Stimmen der Fraktion DIE LINKE. bei Stimmenthaltung der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, dem Deutschen Bundestag die Ablehnung des Antrags auf Drucksache 19/16186 zu empfehlen.

Berlin, den 11. März 2020

Markus Töns
Berichterstatter

